

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Mai 2012

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Energiewende: Planungssicherheit für die Betriebe – Arbeitsplätze dürfen nicht gefährdet werden!

Die letztlich durch die Katastrophe von Fukushima ausgelöste Energiewende stellt Deutschland vor ganz neue, grundlegende Herausforderungen, die es nicht nur technisch und naturwissenschaftlich zu begleiten gilt.

Bei Nachhaltigkeit in der Energiewende ist nicht nur an neue Energieformen, bessere Speichertechniken und intelligente Netze zu denken. Ebenso wichtig ist die Frage, wie die Menschen eingebunden werden, die Gesellschaft also diesen fundamentalen Wandel versteht und vor allem akzeptiert.

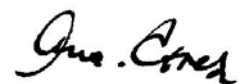
Mit dem endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie (Jahr 2022) ist der Energiemix der Stromherstellung neu zu bestimmen, und erneuerbare Energien müssen darin eine wachsende Rolle spielen. Bezüglich der Geschwindigkeit des Atomausstiegs, das Einbeziehen der Versorgungssicherheit, der Entwicklung der Strompreise und der sozialen und volkswirtschaftlichen Folgekosten durch die Umstellung des bestehenden Strom- und Energiesystems auf erneuerbare Energien herrscht derzeit noch Ungewissheit und daher auch Uneinigkeit.

Damit das schwierige Unterfangen gelingen kann, müssen eindeutige Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Der Konkurrenzkampf, wer für Energie zuständig ist, muss aufhören. In einer extra einzurichtenden Zentrale sollten Fragen zur Energiewende gebündelt werden. Das **Gemeinschaftswerk „Energiewende“** muss nachhaltig und für die Bürger transparent umgesetzt werden, daher fordert der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands ein „neues“ Bundesministerium (bzw. eigenes Ressort) für **„Klima und Energiewende“**.

Wir fordern von der Bundesregierung soziale Abfederung und Planungssicherheit für Industrie, Gewerbe und Mittelstand, somit auch Arbeitsplatzsicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ausufernde Strompreiserhöhungen, wegen der schnellen Energiewende, lehnt der CGB entschieden ab. Deutschland als Exportnation darf wegen der Energiewende nicht einem Wettbewerbsnachteil ausgesetzt werden.

Die politisch beschlossene Energiewende ist ein Großprojekt, und deshalb muss die Politik es „systematisch“ angehen. Die Energiewende ist nicht nur mit neuen Chancen verbunden, sie kann in bestimmten Branchen auch Arbeitsplatzrisiken verursachen. Daher ist besonders darauf zu achten, soziale Kriterien des Umbaus in den Focus zu stellen.

Matthäus Strebl, Bundesvorsitzender

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.

Gastkommentar

Faire Löhne verhinder Altersarmut

Arbeit in Deutschland führt immer häufiger zu Altersarmut. Denn wer ein Leben lang nur gering verdient, dessen Rente reicht am Ende nicht für ein würdevolles Leben im Alter. Wer beispielsweise sein Leben lang einem Minijob nachgeht, so rechnete unlängst das Bundesarbeitsministerium vor, erhält nach 45 Versicherungsjahren eine Rente in Höhe von 139,95 Euro im Monat.



Beate Müller-Gemmeke

Zu viele Menschen können schon heute im Alter nicht von ihrer Rente leben. Während im Jahr 2003 rund 439.000 über 65-jährige Menschen Grundsicherung im Alter bezogen, stieg ihre Zahl bis zum Jahr 2010 auf insgesamt 797.000 Menschen an. Zwei Drittel all dieser Menschen verfügen über eine eigene, aber viel zu niedrige Altersrente. Am häufigsten waren Frauen in Westdeutschland auf diese Grundsicherung im Alter angewiesen.

Die Gefahr für Frauen, im Alter zu verarmen, ist besonders hoch. Kurze Arbeitszeiten, Kindererziehungszeiten und die Pflege von Angehörigen führen unweigerlich zu geringen Rentenbeiträgen. Und: Frauen verdienen noch immer im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Gesetzliche Regelungen müssen hier dringend Abhilfe schaffen. Denn es gilt das Gleichstellungsgebot: „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“!

Schon heute lebt mehr als jeder zehnte ältere Mensch von einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Und das Risiko, im Alter nicht genügend Geld zu haben, steigt. Denn Löhne und Gehälter sind in den vergangenen Jahren stagniert und gesunken. Inflation und geringe Lohnabschlüsse kosteten seit dem Jahr 2000 fast drei Prozent des Realeinkommens. Selbst ein kleines Gehaltsplus wurde in der Regel durch die stark gestiegenen Preise aufgezehrt.

Fast ein Viertel aller Beschäftigten (23,1 %) arbeiten derzeit im Niedriglohnsektor – in Zahlen sind das 7,92 Millionen Menschen, die zu wenig Geld verdienen. 6,8 Millionen von ihnen verdienen weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Insgesamt

4,2 Millionen der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verdienen weniger als sieben Euro. Und 1,3 Millionen von ihnen werden gar mit einem Lohn von weniger als fünf Euro pro Stunde abgespeist.

Solche Löhne schaffen Altersarmut. Und das ist nicht akzeptabel. Deshalb fordern wir von Bündnis 90/Die Grünen einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. In der Folge hätte jede/r fünfte Beschäftigte in Deutschland Anspruch auf eine Lohnerhöhung. Gut 25 Prozent aller beschäftigten Frauen würden von dem Mindestlohn auf diese Weise profitieren und rund 15 Prozent aller Beschäftigten Männer.

Löhne, die sich nicht an den Produktionszuwächsen der Wirtschaft orientieren und nicht einmal die jährliche Inflation ausgleichen, reichen schon kaum, um den Alltag in Deutschland zu bewältigen. Eine ausreichende Vorsorge vor drohender Altersarmut ermöglichen sie erst recht nicht. Doch jede Arbeit hat ihren Wert – und muss ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen.

Eine Lohnuntergrenze ist aber zu wenig. Die Arbeitgeber müssen endlich wieder gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Und wir brauchen durchsetzungsfähige Gewerkschaften in unserem Land, die dafür sorgen, dass sich Lohnabschlüsse an der tatsächlichen Wirtschaftskraft orientieren und mehr als nur einen vagen Inflationsausgleich herstellen. Faire und gute Arbeitsbedingungen gehen stets auch mit fairen und angemessenen Löhnen einher. Anständige Lohnzuwächse sorgen immerhin für eine steigende Binnennachfrage und stärken somit die Wirtschaft. Vor allem aber schützen sie künftige Generationen vor einem Leben in Armut im Alter.

Beate Müller-Gemmeke ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin für Arbeitnehmerrechte von Bündnis 90/Die Grünen



Maikundgebung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) in Schweinfurt – Scharfe Angriffe gegen DGB

Auf der Maikundgebung des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) in Schweinfurt griff der stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlichen Gewerkschaft Metall

(CGM) und CGB-Bundesvorstandsmitglied, Detlef Lutz, den DGB-Vorsitzenden Sommer scharf an. Lutz sagte: „Die Arroganz des DGB und seines Vorsitzenden, sich zum alleinigen Sprecher der Arbeitnehmer in diesem Land aufzuschwingen und alles dafür zu tun, gewerkschaftliche Konkurrenz auszuschalten, hat ein Maß erreicht, das endlich gestoppt werden muss!“



CGB Bundevorstand Detlef Lutz

Sommer hatte kürzlich gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gesagt, es müsse künftig schnellere



Detlef Lutz ehrt Peter Lehmann

Verfahren zur „Feststellung der Tariffähigkeit von Gewerkschaften“ geben. Dazu Lutz: „Wer in sogenannten Schnellverfahren Gewerkschaftskonkurrenz ausschalten will, hat ein gespanntes Verhältnis zum Grundgesetz und zur Demokratie“. Und weiter: „Schnellverfahren gebe es in Diktaturen, wo unliebsame Konkurrenz und Kritiker aus dem Verkehr gezogen würden“. Nach den Worten des CGM-Vizes gehen derzeit reihenweise Anträge von DGB-Gewerkschaften gegen Mitgliedsgewerkschaften des CGB bei den Arbeitsgerichten ein. Das Ziel: Die aus Sicht des DGB lästige Konkurrenz auszuschalten, Kräfte zu binden und zu versuchen, die Christlichen Gewerkschaften mittels teurer Gerichtsverfahren auszubluten.

„Dabei gehen DGB und die vom linken Parteiflügel der SPD gestellte Berliner Arbeitssenatorin Hand in Hand“, sagte Lutz. Diese führt damit die unselige Praxis ihrer beiden Vorgängerinnen in diesem Amt fort, die als altkommunistische Kader von der LINKEN in dieses Amt gehievt wurden. „Es ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass sich Exkommunisten und DGB verbrüdern, um gemeinsam gegen die CGB-Gewerkschaften vorzugehen. Dabei regelt Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes eindeutig, dass es Aufgabe des Staates sein

muss, die Gewerkschaftsfreiheit in Deutschland zu schützen. Der LINKEN, der SPD und dem DGB ist dies offensichtlich egal“, sagte Lutz.

Nach den Worten des CGM-Vizes hat genau diese Arroganz von Macht und Verblendung dazu geführt, dass sich zunehmend Sparten-gewerkschaften bilden, und dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Deutschland von ehemals 34 auf nunmehr 18 Prozent gesunken ist.



... und die Musik spielt dazu...

„Sommer, die LINKE und der DGB werden zu Totengräbern der freien und pluralistischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“, stellt Lutz fest. **Die Maikundgebung des CGB stand unter dem Motto „Gewerkschaftsfreiheit – Unsere Aufgabe“.** Der CGB fordert von den Bund- und Landesregierungen, sowie vom Bundestag die Verteidigung, der im Grundgesetz garantierten Koalitionsfreiheit aus Artikel 9 Grundgesetz“, so Anne Kiesow, Bundesgeschäftsführerin des CGB. „Dazu gehört auch eine Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes, die den Missbrauch der Arbeitsgerichtsbarkeit durch die DGB-Gewerkschaften beendet“, ergänzt Christian Hertzog, CGB-Generalsekretär.

PM CGB im Mai 2012

Aus den Gewerkschaften

Besoldungserhöhung für Beamtinnen und Beamte sowie Anhebung der Versorgungsbezüge

CGPT

Christliche Gewerkschaft
Postservice und Telekommunikation

Das Tarifiergebnis für die Arbeitnehmer im Bundes- und Kommunaldienst wird für Beamte und Versorgungsempfänger übernommen. Die Übernahme des Ergebnisses ist zwar zeit- und inhaltsgleich aber nicht wirkungsgleich, da nach bestehender Gesetzeslage bei jedem Erhöhungsschritt 0,2 % abgezogen und in die Versorgungsrücklage gehen. Daher wird es folgende Erhöhung der Besoldung geben:

- -zum 1. März 2012 um 3,3%,
- -zum 1. Januar 2013 um 1,2% und
- -zum 1. August 2013 um 1,2%.

Die Anwärterbezüge werden zum 1. März 2012 um 50 Euro und zum 1. August 2012 um 40 Euro angehoben. Im Beteiligungsverfahren beim Bundesinnenministerium hat der CGPT Vorsitzende Ulrich



V.l.n.r. Frau Staatssekretärin Rogall-Grothe
Und die CGB Vertreter Ulrich Bösl (CGPT)
Und Markus Kreis (GÖD)

Bösl den Gesetzentwurf unterstützt und sich für die christlichen Gewerkschaften für eine neue Ballungsraumzulage ausgesprochen, die Beamtinnen und Beamten in den extrem teuren Ballungsräumen helfen soll.

PM CGPT im Mai 2012

CGM beteiligt sich an Warnstreiks der Beschäftigten. Das bisherige Angebot der Arbeitgeberverbände ist inakzeptabel.



Stuttgart, 02.05.2012. Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) beteiligt sich an den Warnstreiks, die derzeit in vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie stattfinden. „3 Prozent Lohnsteigerung für eine Laufzeit von 14 Monaten entsprechen einer jährlichen Tarifsteigerung von knapp 2,6 Prozent. Mit dieser Zahl unterbieten die Metallarbeitgeber sogar noch das Ergebnis im öffentlichen Dienst“, empört sich der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen.

Der tarifpolitische Sprecher und stellvertretende Bundesvorsitzende der CGM Detlef Lutz bezeichnete das vorgelegte Angebot gar als unzureichend. Die Kassen der Städten und Gemeinden seien leer, der Bund hoch verschuldet. Dennoch bekämen die Angestellten im öffentlichen Dienst künftig 3 Prozent mehr pro Jahr. „In der ME-Industrie sind die Auftragsbücher voll und die Firmen machen Milliarden-Gewinne. Das Arbeitgeberangebot ist deshalb völlig inakzeptabel. Wir bleiben bei unserer Forderung von 6,5 Prozent“, so Lutz. Ebenso unverständlich sei die Weigerung der Arbeitgeberseite, die Auszubildenden, die nach ihrer Lehre übernommen werden, unbefristet einzustellen. Dagegen stößt das Angebot, benachteiligten Jugendlichen den Einstieg in eine Berufsausbildung zu ermöglichen und dafür Modelle zu entwickeln, die den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen und diesen Jugendlichen durch praktische und schulische Förderung die Ausbildungsfähigkeiten vermitteln, auf große Zustimmung bei der CGM.

PM CGM vom 02. Mai 2012

Wer bestimmt über die Kinder? Betreuungsgeld als Kriterium der Freiheit

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
(VkdL)

Berufsverband mit klarer Linie



Essen, 23. April 2012. – Eltern sind verantwortlich für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder, und der Staat darf nicht ohne Not eingreifen. Es gehört zum Grundverständnis von Freiheit und demokratischen Verfahrensweisen, dass in Bezug auf Kinder die Familie Vorrang des Handelns vor dem Staat hat. Das entspricht auch der Tradition und den natürlichen Erfahrungen. Entgegen gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass Kleinkinder mindestens bis zum dritten Lebensjahr in der Umgebung und Betreuung der Familie – insbesondere der Mutter – aufwachsen sollten, forcieren Wirtschaft und Politik mit allen Kräften die Herausnahme der Kleinstkinder aus der Familie und der Betreuung durch die Mutter und ihre Übernahme in staatliche Betreuungseinrichtungen. Dass die Wirtschaft diese Tendenz unterstützt, ist zu verstehen – sind doch die Frauen immer noch die billigeren Arbeitskräfte. Nicht zur Kenntnis genommen wird aber, dass zu frühe Fremdbetreuung von Kleinstkindern lebenslang wirkende Schäden hervorruft, die auch durch gute Kita-Betreuung weder zu verhindern noch zu reparieren sind. Das wird von Wirtschaft und Politikern ignoriert und fraglos hingenommen.

150,- Euro Betreuungsgeld sind unsere Kinder der Politik nicht wert, sie investieren dieses Geld lieber später in aufwendige Therapien und Jugendhilfeeinrichtungen, anstatt das Geld an der richtigen Stelle und zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen: bei den Familien und den Müttern!

Wenn politische Parteien laut „Freiheit“ schreien, dann ist die freie Entscheidung von Eltern und Müttern über die Erziehung ihrer Kinder an die erste Stelle zu setzen. Diese Entscheidung sollte ohne Diskriminierung und Ideologie erfolgen, denn nur sie entspricht dem Grundgesetz mit seiner demokratischen Ordnung. Der VkdL setzt sich nachdrücklich für eine freie Entscheidung der Eltern ein und erwartet, dass die Politiker gemäß ihrem grundgesetzlichen Auftrag die freiheitlich-demokratische Entscheidung von Eltern und Müttern respektieren und unterstützen, denn die Folgen zu frühzeitiger „Staaterziehung“ haben später die Familien und nicht die verantwortlichen Politiker zu tragen.

PM VKDL vom 23. April 2012
